



**GRÜNDUNG VON
GESCHÄFTSEINHEITEN UND ANREIZE
FÜR INVESTITIONEN IN
DER REPUBLIK SERBIEN**

GRÜNDUNG VON GESCHÄFTSEINHEITEN UND ANREIZE FÜR INVESTITIONEN IN DER REPUBLIK SERBIEN

Um Antworten auf die wichtigsten Fragen zu geben und die häufigsten Zweifel zu klären, präsentieren wir (i) eine kurze Anleitung zum Prozess der Gründung von Wirtschaftssubjekten, (ii) Präsentation die Art und Weise und das Verfahren der Zuteilung von Investitionsanreizen in der Republik Serbien. Wir hoffen aufrichtig, dass der nachstehende Text seinen Zweck erfüllt und Hilfe, Unterstützung und nützliche Informationen für alle bereitstellt, die beabsichtigen, sich an den oben genannten Verfahren zu beteiligen.

I WIRTSCHAFTSEINHEITEN - GRÜNDUNGSVERFAHREN

Einführung

Wenn die Absicht besteht, ein Unternehmen in der Republik Serbien zu gründen, ist es notwendig, sich mit allen Schritten vertraut zu machen, um das Endziel dieses Verfahrens zu erreichen, nämlich die Fähigkeit des Unternehmens, sein eigenes Unternehmen zu gründen und möglicherweise einen Gewinn erzielen. In diesem Zusammenhang wird im Folgenden ein Überblick über das Verfahren zur Gründung einer Wirtschaftseinheit gegeben, einschließlich aller begleitenden Verfahren, denen die Wirtschaftseinheit dabei begegnen wird.

1. Rechtsform und Gründung

Der erste Schritt ist die Wahl der Rechtsform des Unternehmens, dessen Gründung geplant ist. Die Wahl der Rechtsform hängt von einer Reihe von Faktoren ab, die sich auf das zukünftige Geschäft beziehen. Von dieser Wahl hängen auch viele spätere Sachverhalte ab, die den laufenden Betrieb einer Wirtschaftseinheit erleichtern oder erschweren können. Darüber hinaus beeinflusst die Form die Durchführung weiterer obligatorischer Schritte nach der Gründung und Registrierung. Das Aktiengesetz führt abschließend folgende Rechtsformen auf, aus denen gewählt werden kann:

- Unternehmer;
- Partnerschaft;
- Kommanditgesellschaft;
- GmbH;
- Aktiengesellschaft.

Darüber hinaus ist die Errichtung einer Zweigniederlassung eines in- oder ausländischen Unternehmens oder einer Repräsentanz desselben möglich.

In Fortsetzung des Obigen weisen wir darauf hin, dass es bei Unternehmen eine Aufteilung in zwei große Gruppen gibt: (i) Personenvereinigungen und (ii) Kapitalgesellschaften.

1. Personenvereinigungen sind Personenvereinigungen, bei denen die wichtigsten Personen die Gründer und Gesellschafter der Gesellschaft sind, diese leiten und im Falle der Zahlungsunfähigkeit der Gesellschaft durch Haftung mit ihrem persönlichen Vermögen das Risiko des Betriebs der Gesellschaft tragen Verpflichtungen gegenüber Gläubigern. Deshalb ist es sehr wichtig, wer die Mitglieder der Gesellschaft sind, und dass zwischen ihnen ein Vertrauensverhältnis besteht. Auch sind Gesellschaftsanteile gegenüber Kapitalgesellschaften deutlich schwieriger zu übertragen, sodass die Übertragung von Gesellschaftsanteilen der Zustimmung aller Gesellschafter bedarf. Diese Gruppe umfasst Personengesellschaften und Kommanditgesellschaften.
2. Kapitalgesellschaften sind demgegenüber solche, bei denen die Gesellschaft ausschließlich mit ihrem Vermögen für die eingegangenen Verbindlichkeiten haftet. Anders als bei der Personengesellschaft haften die Mitglieder nicht für die Verpflichtungen der Gesellschaft, falls ihnen die Erfüllung bestehender Verpflichtungen unmöglich wird. Daher ist das Vertrauensverhältnis, das in den Unternehmen von Personen vertreten wird, hier von weitaus geringerer Bedeutung, und auch die Anteile / Anteile an der Gesellschaft sind viel einfacher auf andere Personen übertragbar. Diese Gruppe umfasst eine GmbH und eine Aktiengesellschaft.

In der Praxis hat sich gezeigt, dass die am häufigsten gewählte Form eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) ist, was darauf zurückzuführen ist, dass sie für die Ausübung verschiedener Tätigkeiten am besten geeignet ist und viel weniger anspruchsvoll in Bezug auf verschiedene Formalitäten in Bezug auf eine Aktiengesellschaft. Das heißt natürlich nicht, dass GmbH in jedem Einzelfall die beste Wahl ist. Außerdem schreibt die Gesetzgebung manchmal die verbindliche Rechtsform bestimmter Unternehmen vor, abhängig von der ausgeübten Tätigkeit, sowie andere ähnliche Faktoren.

2. Registrierung

Die Pflicht jeder Wirtschaftseinheit ist, nach ihrer Gründung in das von der Agentur für Unternehmensregister (APR) geführte Register der Wirtschaftseinheiten eingetragen zu werden. Das Verfahren beginnt mit der Einreichung der erforderlichen Unterlagen beim APR, die je nach Form der wirtschaftlichen Einheit, deren Registrierung durchgeführt werden muss, unterschiedlich sind. Nach Prüfung und Überprüfung der eingereichten Unterlagen erlässt der APR eine Entscheidung über die Genehmigung oder Ablehnung des Antrags auf Registrierung einer Geschäftseinheit. Wird ein Adoptionsbeschluss gefasst, werden alle für das Unternehmen selbst wichtigen Daten, die in den zuvor eingereichten Unterlagen enthalten sind, in das Register eingetragen. In das Register würden beispielsweise Daten zu Firmenname, Firmenkürzel, Sitz, Stammkapital, Organen, Vertretern, Mitgliedern, Zweigniederlassungen, isolierten Orten sowie anderen ähnlichen Daten eingetragen. Da das Unternehmensregister öffentlich ist, kann jeder Interessierte auf diese Daten zugreifen, aber auch die Geschäftsqualität der Wirtschaftseinheit anhand von Finanzberichten einsehen.

Der Adoptionsbeschluss weist der Wirtschaftseinheit zwei wichtige Nummern zu: Identifikationsnummer (wird vom Staatlichen Amt für Statistik vergeben) und Steueridentifikationsnummer (Steuernummer – wird von der Steuerverwaltung vergeben). Die Registrierungsnummer ist für jede Geschäftseinheit einzigartig, kann nicht geändert

werden und dient zu ihrer Identifizierung im Geschäft. Nach der Einreichung des Antrags auf Eintragung in das Register der Wirtschaftssubjekte wird das Statistische Amt der Republik auch elektronisch darüber informiert, dass es notwendig ist, eine persönliche Identifikationsnummer zu vergeben, die generiert und dann an den APR übermittelt wird. Gleiches gilt für das Verfahren zur Erteilung des Steuernummers. Die Steuernummer wird von der Steuerverwaltung zum Zweck der Identifizierung des Steuerzahlers vergeben, sie ist auch für jede Wirtschaftseinheit eindeutig, und einmal vergeben, wird diese Nummer bis zum Ende des Steuerzahlerstatus beibehalten.

Es sei darauf hingewiesen, dass APR gesetzlich verpflichtet ist, innerhalb von fünf Arbeitstagen ab dem Tag seines Eingangs über den eingereichten Antrag zu entscheiden, was das gesamte Verfahren relativ schnell macht und sein Abschluss Bedingungen für andere Maßnahmen schafft, die letztendlich Unternehmen ermöglichen würden ihr eigenes Unternehmen zu gründen.

Während des Gründungsverfahrens ist darauf zu achten, dass die die Gründung begleitenden Unterlagen formal und inhaltlich vollständig korrekt sind. Dies setzt voraus, dass der Gründungsakt (Beschluss oder Gründungsvertrag) in geeigneter Form beglaubigt und bei einer im Ausland erfolgten Beglaubigung entsprechend beglaubigt ist, sowie dass er alle notwendigen Angaben enthält, um den Eintragungsantrag anzunehmen. In diesem Teil stellen wir fest, dass der häufigste Fehler bei der Wahl des Namens des zu gründenden Unternehmens besteht, da es in der Praxis vorkommt, dass der gewählte Name bereits vergeben ist, was zur Ablehnung des Registrierungsantrags führt und das gesamte Verfahren muss sein wiederholt. Dieses Problem wird am effektivsten durch die Reservierung des Firmennamens als einen der Gründung vorausgehenden Schritt gelöst.

Bei den Gebühren, die die Beglaubigung der Gründungsurkunde, die Übersetzung der Urkunden sowie die Gebühren für die von APR erbrachten Dienstleistungen umfassen, liegt die erwartete Höhe bei 200 EUR. Bitte beachten Sie,

dass die Höhe der Gebühren deduktiv angegeben ist und im Einzelfall variieren kann.

3. Ausstellung eines qualifizierten elektronischen Zertifikats

Die qualifizierte elektronische Unterschrift ist eine Art digitaler Ersatz für eine handschriftliche Unterschrift, die eine Reihe von Daten in elektronischer Form enthält, die mit anderen digitalen Daten verknüpft und logisch verbunden sind, um: die wahre Identität und Authentizität der Person zu bestätigen, die die Dokumente unterzeichnet, deren Schutz während der Übertragung gewährleisten, die Richtigkeit elektronischer Dokumente feststellen und die Aberkennung der Verantwortung für bereits unterzeichnete Dokumente verhindern. Das elektronische Zertifikat kann im Verfahren vor den zuständigen Zertifizierungsstellen wie dem Innenministerium der RS, der Post der RS, der Handelskammer der RS und anderen erlangt werden. Die Verfahren vor den genannten Zertifizierungsstellen unterscheiden sich nicht wesentlich, zudem besteht völlige Wahlfreiheit bei der Zertifizierungsstelle, vor der das Verfahren eingeleitet werden soll.

Die Pflicht zum Besitz eines elektronischen Zertifikats besteht für die Person, die nach der Eintragung der Gesellschaft den wirtschaftlich Berechtigten in das Register der wirtschaftlich Berechtigten einträgt. Daher ist es sehr wichtig, das gesamte Verfahren sofort nach der Registrierung einzugeben, wenn diese Person es nicht zuvor erhalten hat. Zu beachten ist, dass das elektronische Zertifikat nach Abschluss des Verfahrens nur von der Person übernommen werden kann, für die es erstellt wurde. Dies bedeutet ferner, dass es nicht möglich ist, stattdessen eine andere Person zur Entgegennahme des elektronischen Zertifikats zu bevollmächtigen. Dies gilt nicht für das Einreichen eines Antrags bei der zuständigen Zertifizierungsstelle, so dass dies auch durch eine andere autorisierte Person möglich ist. Wie die vorangegangenen wird auch das genannte Verfahren in Kürze abgeschlossen sein, und in nur wenigen Tagen nach der Einreichung des Antrags steht das elektronische Zertifikat in den Räumlichkeiten der ausgewählten

Zertifizierungsstelle zum Download bereit. In Bezug auf die Gebühr für die von der Zertifizierungsstelle erbrachte Dienstleistung betonen wir, dass sie etwa 50 EUR beträgt.

4. Registrierung des wirtschaftlichen Eigentümers

Nach der Entscheidung über die Beendigung des Registrierungsverfahrens einer Wirtschaftseinheit besteht die Verpflichtung, den wirtschaftlichen Eigentümer innerhalb von 15 Tagen ab dem Tag der Gründung der Wirtschaftseinheit in das Zentralregister der wirtschaftlichen Eigentümer einzutragen, das ebenfalls vom APR geführt wird. Wer als wirklicher Eigentümer gilt, ist im Gesetz über die zentralen Aufzeichnungen von wirklichen Eigentümern genau festgelegt, zum Zwecke des Verständnisses sollte der tatsächliche Eigentümer jedoch als eine natürliche Person verstanden werden, die letztendlich eine juristische Person oder eine andere ausländische juristische Person besitzt oder kontrolliert.

Die Registrierung kann durch den Gründer oder eine als Vertreter im Unternehmen registrierte Person erfolgen. Zu beachten ist, dass diese Person über ein qualifiziertes elektronisches Signaturzertifikat verfügen muss, um den Registrierungsprozess durchführen zu können.

Im Register werden verschiedene Daten zur Gesellschaft und zum wirtschaftlich Berechtigten eingetragen. Im Falle eines Unternehmens unterscheiden sich diese Daten je nach Rechtsform, umfassen aber meistens Daten zu Name und Firma, Sitzadresse, ID-Nummer, Personenidentifikationsnummer, Rechtsform, Status, gesetzlicher Vertreter und andere relevante Daten für das Unternehmen selbst. Bei einer Person, die als wirtschaftlich Berechtigter eingetragen ist, richten sich die einzugebenden Daten danach, ob es sich um eine Person mit dem Status eines inländischen oder ausländischen Staatsbürgers handelt, und dementsprechend um Daten zum Personennamen, Personennamen, der Nummer, dh die Anzahl der Pässe und das Ausstellungsland, das Wohnsitz- oder Aufenthaltsland und dergleichen. Die Daten, die unabhängig vom Status des als wirklicher Eigentümer eingetragenen Eigentümers

eingetragen werden, sind seine Grundlage für den Erwerb des betreffenden Eigentums.

Wir weisen darauf hin, dass diese Verpflichtung nicht für Unternehmer, Aktiengesellschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen im Konkurs und in anderen gesetzlich vorgesehenen Fällen gilt. Die Pflicht zur Registrierung der wirtschaftlich Berechtigten besteht auch für jede Änderung der Eigentumsverhältnisse der registrierten Einheit sowie für jede andere Änderung, die zur Erfüllung der Voraussetzungen für den Erwerb der Eigenschaft als wirtschaftlich Berechtigter führen würde. Die Bedeutung dieses Schrittes spiegelt sich in anderen Maßnahmen wider, die das Gesamtgeschäft eines Unternehmens erheblich beeinflussen und innerhalb von 15 Tagen ab dem Datum der Registrierung, ergriffen werden müssen, da die Geschäftseinheit sonst einen Verstoß begehen würde.

5. Eröffnung eines Bankkontos

Unternehmen sind verpflichtet, Bankkonten in ihrem Unternehmen zu führen. Vor der Eröffnung eines Bankkontos ist es wichtig, sich über alle Leistungen der Bank, Kontoführungsgebühren und dergleichen zu informieren. Bezüglich der beigefügten erforderlichen Unterlagen ist zu beachten, dass es keine wesentlichen Unterschiede zwischen den Banken gibt, sondern dass es in dieser Hinsicht notwendig ist, genaue Informationen einzuholen und sich mit dem diesbezüglichen Verfahren der Bank vertraut zu machen. Unabhängig davon, welche Bank ausgewählt wird, umfassen die einzureichenden Basisdokumente Folgendes: (i) einen Antrag auf Eröffnung eines Kontos, (ii) ein Formular beglaubigter Unterschriften von vertretungsberechtigten Personen (notariell beglaubigtes OP-Formular), (iii) eine Entscheidung über die Genehmigung des Registrierungsantrags für die Gründung vom APR, (iv) eine Karte mit hinterlegten Unterschriften der Bank sowie alle anderen von der ausgewählten Bank geforderten Unterlagen.

Die oben erwähnte „andere von der ausgewählten Bank geforderte Dokumentation“ bezieht sich in erster Linie darauf, dass Geschäftsbanken besonderes Augenmerk auf die Eigentumsstruktur

des Unternehmens legen und dass Vorschriften im Bereich der Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sehr streng angewendet werden. In diesem Zusammenhang ist es sehr wichtig, festzustellen, wer der tatsächliche Eigentümer ist, der im Antrag auf Eröffnung eines Kontos angegeben ist. Darüber hinaus ist es wichtig, die Grundlage anzugeben, die für die Eintragung in das Register der wirtschaftlich Berechtigten verwendet wurde. Wir weisen darauf hin, dass die Eröffnung eines Kontos aus verschiedenen politischen Gründen manchmal nicht möglich ist. In diesem Zusammenhang benötigt die Bank Informationen darüber, ob der Kunde oder der tatsächliche Eigentümer Beamte der Republik Serbien, anderer Staaten oder internationaler Organisationen sind, aber auch ihre Verbindung zu den Personen, die die angegebene Funktion ausüben oder ausgeübt haben. Diese Informationen sind notwendig, um einen sicheren Geschäftsbetrieb zu ermöglichen, aber auch um einen möglichen Missbrauch in dieser Hinsicht zu verhindern.

Es empfiehlt sich auf jeden Fall, vor Beginn des Gründungsverfahrens in der Republik Serbien zunächst zu prüfen, ob aufgrund des Eigentümerstatus überhaupt eine Möglichkeit zur Kontoeröffnung besteht. Denn der Aspekt des Gründungsverfahrens im Zusammenhang mit dem Verfahren zur Eröffnung eines Bankkontos ist ein ebenso wichtiger Bestandteil wie das Registrierungsverfahren vor dem effektiven Jahreszins, und es wird in Zukunft sicherlich ein komplexeres Verfahren sein.

6. Steuerliche Behandlung

Hinsichtlich der steuerlichen Behandlung ist die wichtigste Pflicht der Gesellschaft die Einreichung eines Registrierungsantrags auf Körperschaftsteuervorauszahlung. In diesem Sinne ist ein im Kalenderjahr gegründetes Unternehmen verpflichtet, innerhalb von 15 Tagen ab dem Tag der Eintragung in den effektiven Jahreszins eine Steuererklärung abzugeben. Nachdem die Steuerverwaltung eine Entscheidung über die Vorauszahlung der Gewinnsteuer getroffen hat, bestimmt sie den monatlichen Steuerbetrag, den das Unternehmen zahlen muss.

Eine der häufig auftretenden Fragen ist die Frage, ob eine wirtschaftliche Einheit verpflichtet ist, sich im Mehrwertsteuersystem zu befinden. Es ist zu beachten, dass die Verpflichtung zum Eintritt in das Mehrwertsteuersystem nicht von der Rechtsform des Unternehmens abhängt und die Vorschriften zu diesem Thema für Unternehmer und Unternehmen völlig gleich sind, sodass beide zum Eintritt in das Mehrwertsteuersystem nur dann verpflichtet sind, wenn sie es sind. Der Gesamtumsatz in den letzten 12 Monaten übersteigt 8.000.000 Dinar. Andererseits kann der Beitritt zu diesem System auch freiwillig sein, wenn sich das Unternehmen auf eigene Entscheidung im Mehrwertsteuersystem registriert, auch wenn es diese Grenze nicht überschreitet.

Ein wichtiger Hinweis ist, dass Unternehmer Pauschalsteuerpflichtige sein können, dh sie können Steuern und Abgaben in der von der zuständigen Finanzbehörde festgelegten Höhe pauschal zahlen, wenn sie einen Jahresumsatz von weniger als sechs Millionen Dinar haben, falls sie es sind nicht im Mehrwertsteuersystem, und wenn sie keine Handels-, Gastronomie- und Immobiliengeschäfte tätigen. Andererseits haben Unternehmen nicht die Möglichkeit, Steuern pauschal abzuführen, sondern sind verpflichtet, Geschäftsbücher zu führen.

In Bezug auf die Steuersätze weisen wir darauf hin, dass der Körperschaftsteuersatz in der Republik Serbien 15 % beträgt, während der Dividendensteuersatz ebenfalls 15 % beträgt.

7. Virtuelles Büro

Das Bestehen der Verpflichtung der Gesellschaft, einen eingetragenen Sitz im Hoheitsgebiet der Republik Serbien zu haben, impliziert die Entstehung einer Reihe von Kosten wie Büromietkosten, Büroausstattung, Gemeinkosten und andere Nebenkosten. Die Lösung für diese Probleme findet sich in der Anmietung des virtuellen Büros, weshalb dieser Service in den letzten Jahren sehr beliebt geworden ist. Ein virtuelles Büro ist eine Art von Dienstleistung zum Mieten einer Adresse für die Registrierung eines Unternehmens, einer Niederlassung oder einer Adresse für den Postempfang. Es kann unabhängig vom Standort des Unternehmens oder Unternehmers verwendet werden. Das

Hauptargument ist die Tatsache, dass die Anmietung eines virtuellen Büros zu einer maximalen Rationalisierung der Betriebskosten führt, die zwischen 50 und 100 EUR pro Monat betragen. Es sei darauf hingewiesen, dass dieser Trend in verschiedenen Branchen weit verbreitet ist und insbesondere in Situationen beliebt ist, in denen die juristische Person eine kleine Anzahl von Mitarbeitern hat, IT- und Beratungsunternehmen, Unternehmen, die ausschließlich online oder in anderen Städten oder Ländern tätig sind, und in ähnlichen Fällen.

II INVESTITIONEN

1. Einführung:

Der allgemeine Rechtsrahmen für Investitionen, die Themen der Unterstützung für die effiziente Bereitstellung von Unterstützung für Investoren sowie ihre Rechte werden durch die Bestimmungen des Gesetzes über Investitionen der Republik Serbien geregelt. Die Ziele dieses Gesetzes sind ausführlich dargelegt und zielen darauf ab, das Investitionsumfeld in der Republik Serbien zu verbessern, Direktinvestitionen, Beschäftigungswachstum, allgemeine soziale Wohlfahrt und dergleichen zu fördern. Es ist wichtig zu betonen, dass die Bestimmungen des Gesetzes sowohl für ausländische als auch für inländische Investoren gelten, was sich aus dem Namen selbst ergibt. Bisher war dies jedoch nicht der Fall, so dass das Gesetz über Auslandsinvestitionen in Kraft war, dessen Regelung ausschließlich auf die genannte Kategorie von Investoren ausgerichtet war.

Der gesamte Anlageprozess beginnt mit der Wahl der Art der getätigten Investitionen. Dabei unterscheiden wir zwischen (i) direkten und (ii) indirekten Investitionen.

(i) Als direkte Investition gilt eine Investition in materielle und immaterielle Vermögenswerte eines Unternehmens.

(ii) Im Gegensatz dazu sind indirekte Investition solche, bei denen Anleger Beteiligungen oder Anteile an einem Unternehmen erwerben.

2. Rechte von Investoren:

Den Anlegern werden verschiedene Anlagerechte garantiert. Somit sind volle Rechtssicherheit und Schutz der durch die Investition erworbenen Rechte sowie volle Investitionsfreiheit gewährleistet. Ausländischen Investoren wird die Gleichstellung gegenüber inländischen Investoren gewährt (Inländerbehandlung) und damit verbunden das Recht, Eigentum und andere dingliche Rechte an beweglichen und unbeweglichen Vermögenswerten zu erwerben, die sich auf dem Territorium der Republik Serbien befinden.

Investitionen werden vor dem Enteignungsverfahren geschützt, aber auch vor allen anderen Maßnahmen, deren Wirkung derjenigen des Enteignungsverfahrens gleichkommt. Eine Ausnahme von dieser Regel besteht in Bezug auf das Eigentum und andere dingliche Rechte von Anlegern an Immobilien, die im öffentlichen Interesse unter den gesetzlich vorgeschriebenen Bedingungen und in der vorgeschriebenen Weise beschlagnahmt oder beschränkt werden können.

Anlegern steht es frei, ins Ausland zu zahlen, in Übereinstimmung mit den Vorschriften für Devisengeschäfte, sowie das Recht, mit der Anlage verbundene Gewinne und Vermögenswerte nach Zahlung von Steuern und allen anderen Verpflichtungen aufgrund öffentlicher Einnahmen zu transferieren. Dazu gehören verschiedene Einkommensformen, Vermögenswerte nach der Schließung des Unternehmens, Beträge, die aus dem Verkauf von Anteilen oder Anteilen am Kapital des Unternehmens oder aufgrund einer Herabsetzung seines Aktienkapitals erzielt wurden, Entschädigungen, die im Rahmen des Enteignungsverfahrens erzielt wurden, und dergleichen.

3. Formen staatlicher Beihilfen:

Das wichtigste Investitionsrecht für Investoren, egal ob aus dem In- oder Ausland, ist sicherlich das

Recht auf staatliche Beihilfen. Dies impliziert eine Art zusätzliche Entlastung und Zuschuss während der Durchführung des Investitionsverfahrens und es ist möglich, sie ausschließlich einer speziellen Kostenkategorie zuzuordnen, die als förderfähige Kosten bezeichnet wird. In diesem Zusammenhang können Investoren mit einer der folgenden Formen staatlicher Beihilfen rechnen:

- Gewährung von Anreizen;
- steuerliche Anreize und Erleichterungen und Befreiungen von der Zahlung von Steuern;
- Zollprivilegien;
- obligatorisches Sozialversicherungssystem;
- Verpachtung und Veräußerung von Immobilien und Grundstücken in öffentlichem Eigentum;
- andere Formen staatlicher Beihilfen im Sinne des Gesetzes über die Kontrolle und Gewährung staatlicher Beihilfen.

Neben der Republik Serbien können auch autonome Provinzen und lokale Selbstverwaltungseinheiten staatliche Beihilfen leisten. Bei der Zuteilung ist insbesondere auf das Vorliegen einer Kumulierung zu achten, dh der Höhe der gewährten staatlichen Beihilfen, die einem einheitlichen Ziel und Zweck dienen, unabhängig von Art, Zuteilungsinstrument und Geber. Für die gleichen förderfähigen Kosten wird der günstigste Beihilfebetrag gewährt, der die Obergrenze darstellt, bis zu der der Gesamtbetrag der Beihilfe zugewiesen werden darf. In diesem Fall ist der Zuwendungsgeber verpflichtet, vor der Gewährung eine schriftliche Erklärung des Zuwendungsempfängers einzuholen, ob und auf welcher Grundlage ihm für die gleichen förderfähigen Kosten bereits eine staatliche Beihilfe gewährt wurde.

Über Direktinvestitionen in der Republik Serbien und die mit diesen Investitionen verbundenen gewährten staatlichen Beihilfen wird ein öffentliches Register geführt. Ein weiterer Hinweis in diesem Zusammenhang ist, dass Händler nicht mit staatlichen Anreizen rechnen können.

4. Am Vergabeverfahren beteiligte Stellen

Die am Beihilfeverfahren beteiligten Stellen sind die Entwicklungsagentur Serbiens und der Rat für wirtschaftliche Entwicklung. Die Entwicklungsagentur Serbiens wurde als eine Körperschaft gegründet, die dazu dient, professionelle und operative Entwicklungsaktivitäten durchzuführen, um Direktinvestitionen zu fördern und umzusetzen, Exporte zu fördern und zu steigern, das Ansehen und die Entwicklung der Republik Serbien im Bereich Wirtschaft, Regionalentwicklung, und verschiedene administrative und technische Angelegenheiten Wirtschaftliche Entwicklung. Sie beantragt auch Anreize im Investitionsprozess. Andererseits wurde der Rat gebildet, um die Situation auf dem Gebiet der Investitionen und der wirtschaftlichen Entwicklung, der öffentlichen Förderung der Ziele der wirtschaftlichen Entwicklung der Republik Serbien zu überwachen und ihre Umsetzung zu fördern, aber die wichtigste Kompetenz ist es, eine Entscheidung über die Gewährung zu treffen Anreize nach Einreichung eines Antrags bei der serbischen Entwicklungsagentur.

VERFAHREN ZUM GEBEN VON ANREIZEN IM BEREICH DER DIREKTINVESTITIONEN

Einführung

Wie bereits erwähnt, gelten Direktinvestitionen als Investitionen in materielle und immaterielle Vermögenswerte von Unternehmen. Diese Art von Investitionen wird durchgeführt, um ein neues Unternehmen zu gründen, bestehende Kapazitäten zu erweitern oder die Produktion auf neue Produkte und Produktionsverfahren auszuweiten, Vermögenswerte zu erwerben, die direkt mit dem Unternehmen verbunden sind, und dergleichen. Im Folgenden wird ein Überblick über die Art und das Verfahren der Gewährung von Anreizen bei Direktinvestitionen gegeben, sowie die Kriterien, auf deren Grundlage dieses Verfahren durchgeführt wird.

1. Das Recht, Mittel zuzuweisen

Anreize für die Gewinnung von Direktinvestitionen werden für die Durchführung von Investitionsprojekten im verarbeitenden Gewerbe

und für Dienstleistungsprojekte von Dienstleistungszentren vergeben. Zuwendungen können auch für die Durchführung von Investitionsvorhaben im Bereich der Lebensmittelproduktion gewährt werden, die gemäß der Tätigkeitsgliederung die Verarbeitung von land-, forstwirtschaftlichen und fischereilichen Erzeugnissen zur Gewinnung von Nahrungsmitteln für Menschen oder Tiere sowie die Herstellung verschiedener Zwischenprodukte umfasst.

Für bestimmte Branchen ist die Mittelvergabe jedoch nicht möglich. Dies bezieht sich auf die Durchführung von Investitionsprojekten im Verkehrssektor, Softwareentwicklung, sofern sie nicht der Funktion der Produktverbesserung dienen, Produktionsprozess- oder Servicecenter-Dienstleistungen, Gastronomie, Glücksspiel, Handel, Herstellung von Kunstfasern, Kohle und Stahl, Bergbau, Tabak und Tabakwaren, Waffen und Munition, selbstfahrende Seehandelschiffe mit mehr als 100 Bruttoregistertonnen, Flughäfen, Versorgungsunternehmen, Energiesektor, Breitband, Fischerei und Aquakultur.

Für Aktivitäten, die als Einzelhandel mit Produkten von Erzeugern gelten, die ihre eigenen Geschäfte besitzen (Bäckereien, Konditoreien, Metzger, die ihre Produkte verkaufen), können keine Mittel vergeben werden.

Ungeachtet dessen bedeutet dies nicht, dass jedes Unternehmen, dessen Tätigkeit in den Sektor fällt, für den Fördergelder zugewiesen werden können, auch Anspruch darauf hat. Insofern sind die folgenden Investoren hiervon ausgenommen, nämlich die folgenden Unternehmen:

- Unternehmen in Schwierigkeiten im Hinblick auf Vorschriften über die Regeln für die Gewährung staatlicher Beihilfen;
- Unternehmen, die fällige, aber unbezahlte Steuerschulden in der Republik Serbien haben;
- Unternehmen, an denen die Republik Serbien, eine autonome Provinz oder eine Einheit der lokalen Selbstverwaltung beteiligt ist;
- Unternehmen, die zur Rückforderung rechtswidriger staatlicher Beihilfen verpflichtet sind;

- Unternehmen, mit denen der Vertrag über die Zuteilung von Fördermitteln gekündigt wurde, außer im Falle einer einvernehmlichen Vertragsauflösung.

2. Antragstellung

Der Antrag wird von einem Investor eingereicht, der ein inländisches oder ausländisches Unternehmen sein kann, und der Benutzer der Mittel muss eine verbundene Person sein – ein Unternehmen mit Sitz in der Republik Serbien. Handelt es sich bei dem Investor um ein Unternehmen mit Sitz in der Republik Serbien, so steht ihm nichts entgegen, gleichzeitig Mittelnutzer zu sein.

Der Antrag auf Gewährung von Anreizen wird vor Beginn der Durchführung des Investitionsprojekts bei der Entwicklungsagentur Serbiens eingereicht. Investitionen und Beschäftigungen vor dem Tag der Antragstellung bei der Agentur können nicht als Teil des Investitionsvorhabens anerkannt werden und es können keine Fördermittel dafür gewährt werden. Vor Einreichung des Antrags kann ein Investor, der Investitionen zu realisieren beabsichtigt, der Agentur eine Absichtserklärung über die Realisierung des Investitionsvorhabens vorlegen, die Angaben über den Investor, den Nutzer und das geplante Investitionsvorhaben enthält. Auf dieser Grundlage übermittelt die Agentur eine Mitteilung über die mögliche Höhe der Anreize, die rechtlich nicht bindend ist.

3. Kosten, für die Mittel beschafft werden können

Förderfähige Investitionskosten können gefördert werden für:

- Bruttoentgelt für neue Mitarbeiter in den zwei Jahren nach Erreichen der Vollbeschäftigung bei den Leistungsempfängern;
- Investitionen in materielle und immaterielle Vermögenswerte, die während der Dauer des Investitionsprojekts realisiert werden (ab dem Tag der Einreichung des Antrags auf Zuteilung von Fördermitteln bis zum Ablauf der Frist für die Realisierung des Investitionsprojekts).

4. Investitionsvorhaben, für die Mittel bereitgestellt werden können:

Eine weitere Bedingung, die erfüllt werden muss, ist die Höhe der Mindestinvestitionen im verarbeitenden Gewerbe. Diese Beträge unterscheiden sich je nach Entwicklungsstand der kommunalen Selbstverwaltungseinheit, in die investiert wird. Darüber hinaus gibt es im Zusammenhang mit dem Investitionsvorhaben eine vorgeschriebene Mindestanzahl an Mitarbeitern. In Übereinstimmung mit all dem oben Gesagten gilt Folgendes:

ENTWICKLUNGSSTAND DER KOMMUNALREGIERUNG SEINHEIT	MINDESTZ AHL DER MITARBEITER	MINIMALE INVESTITION (€)
I	50	500.000,00
II	40	400.000,00
III	30	300.000,00
IV	20	200.000,00
Verwüstetes Gebiet	10	100.000,00

Bei Investitionen im Bereich Service-Center-Dienstleistungen können Fördermittel für Investitionsvorhaben ab einem Mindestwert von 150.000,00 EUR mit 15 neuen Mitarbeitern bereitgestellt werden. Anders als bei Projekten im verarbeitenden Gewerbe gilt dies unabhängig vom Entwicklungsstand der kommunalen Gebietskörperschaft, in die investiert wird.

5. Kriterien für die Investitionsprojektanalyse:

Bei der Bewertung von Investitionsprojekten werden unterschiedliche Kriterien herangezogen. Nur einige von ihnen, die für die Expertenanalyse von Investitionsprojekten wichtig sind, sind die folgenden:

- Investorenreferenzen (Marktbekanntheit, Kundenreferenzen, bisherige Erfahrungen und Erfolge bei der Umsetzung von Investitionsprojekten etc.);

- Prozentsatz der Arbeitslosen, deren Qualifikationen den Tätigkeiten der Begünstigten entsprechen, an der Gesamtzahl der Personen, die in den Aufzeichnungen des Nationalen Arbeitsamtes im Gebiet der lokalen Selbstverwaltung, in der die Investition getätigt wird, eingetragen sind;
- Prozentsatz hochqualifizierter Mitarbeiter, die bei der Umsetzung des Investitionsprojekts beschäftigt sind;
- Höhe und Art der Investition (Greenfield- oder Brownfield-Investitionen), dh Grad der Beteiligung der Bauwirtschaft an der Umsetzung des Investitionsvorhabens;
- technologisches Niveau der Tätigkeit, die Gegenstand der Investition ist, gemäß der Klassifikation der Tätigkeiten;
- bisherige Zusammenarbeit mit inländischen Lieferanten und geplanter Anteil inländischer Lieferanten;
- Auswirkungen der Investition auf die Mitarbeiter;
- bisheriges und geplantes Auslands- und Gesamtumsatzvolumen (vor und nach dem Investitionsvorhaben);
- Finanzmarktbeurteilung des Investitionsvorhabens (Finanzierungsquellen, Liquidität, Rentabilität, Nachhaltigkeit und Amortisationszeit).

6. Die Höhe der Prämien, die gewährt werden können

Anders als bei förderfähigen Investitionsvorhaben gelten hinsichtlich der Höhe der Fördermittel sowohl für Vorhaben im produzierenden Gewerbe als auch im Dienstleistungsbereich Dienstleistungszentren einheitliche Regelungen. Diesbezüglich folgt im Folgenden eine Übersicht über die Höhe der Mittel, die bezogen auf den Entwicklungsstand der kommunalen Gebietskörperschaft, in die investiert wird, bezogen werden können.

ENTWICKLUNGSSTAND DER KOMMUNALREGIERUNGSEINHEIT	PROZENTSATZ DER ERSTATTUNGSFÄHIGEN KOSTEN DES ZWEIJÄHRIGEN BRUTTOEINKOMMENS * (%)	MAXIMALER BETRAG PRO NEUERÖFFNETER ARBEITSTELLE ** (€)
I	20	3.000,00
II	25	4.000,00
III	30	5.000,00
IV	35	6.000,00
Verwüstetes Gebiet	40	7.000,00

* Vertragslohn ist der Grundlohn neu eingestellter Personen, der mindestens 20 % über dem Mindestlohn gemäss Arbeitsreglement liegt.

** Hierbei handelt es sich ausschließlich um ein Korrekturkriterium, das für den Fall zur Anwendung kommt, dass die Höhe der Anreize, die sich durch die Berechnung des Prozentsatzes des Zweijahresbruttogehalts ergeben würden, die Höchstbeträge pro neu geschaffener Stelle übersteigt.

Zu beachten ist, dass dem Zuwendungsempfänger, dessen Investitionsvorhaben keine Investition von besonderer Bedeutung ist, eine Erhöhung der auf der Grundlage des entsprechenden Betrags für zweijährige Bruttoeinnahmen aus der vorstehenden Tabelle ermittelten Zuwendungshöhe um 10 % gewährt wird die zuschussfähigen Kosten für Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte Das Thema Investitionen ist von besonderer Bedeutung, es ist möglich, je nach Entwicklungsstand der kommunalen Selbstverwaltung bis zu 30 % des Wertes der zuschussfähigen Investitionskosten zu erhöhen.

Darüber hinaus ist es für arbeitsintensive Projekte (die mindestens 200 neue Arbeitsplätze im Zusammenhang mit dem Investitionsprojekt schaffen) möglich, die Höhe der Zuschüsse zu erhöhen, die auf der Grundlage des entsprechenden Betrags für zweijährige Bruttolöhne aus der obigen Tabelle ermittelt werden. bis zu 20 % des förderfähigen Bruttolohns, abhängig von der Zahl der Beschäftigten.

Zum leichteren Verständnis stellen wir das obige Verfahren anhand eines hypothetischen Beispiels vor: Wenn das Unternehmen plant, mit 500 neuen Mitarbeitern eine Investition im Wert von 10.000.000,00 Euro in die lokale Selbstverwaltungseinheit zu tätigen, die je nach Entwicklungsstand zur Gruppe gehört IV. Die maximal zu gewährende Förderhöhe für gerechtfertigte Bruttolohnkosten beträgt dabei 35 % des Gesamtwertes der geplanten Investition, also 3.500.000,00 Euro, maximal 6.000,00 Euro je neu geschaffenem Arbeitsplatz. In Anbetracht der Tatsache, dass es sich bei diesem Beispiel um ein arbeitsintensives Projekt handelt, könnte der Investor möglicherweise das Recht auf die Zuteilung zusätzlicher Anreizmittel in der oben angegebenen Weise und in der oben angegebenen Höhe ausüben. Wir weisen darauf hin, dass es in der Praxis sehr selten vorkommt, dass die Zuweisung des Höchstbetrags der Anreizmittel genehmigt wird.

8. Vereinbarung über die Vergabe von Fördermitteln

Die Vereinbarung über die Zuteilung von Fördergeldern wird zwischen dem Begünstigten und dem Wirtschaftsministerium nach vorheriger Zustimmung der Regierung der Republik Serbien geschlossen. Der Vertrag enthält in der Regel Bestimmungen über Gegenstand, Höhe und Dynamik der Investition, Anzahl der neuen Stellen, geplante Bruttogehaltskosten für diese Stellen, Frist für Investitionsvorhaben, Höhe der zugeteilten Förderungen, Meldepflicht bei Änderungen der Investitionsdynamik, Angaben zu Sicherheiten, die Art und Weise der Streitbeilegung sowie andere wichtige Daten, die für die Durchführung des betreffenden Verfahrens von Bedeutung sind.

Bestandteil des Vertrages ist ein Businessplan, der sich auf Höhe, Struktur und Dynamik der Investitionen, Plan und Dynamik der Beschäftigung und voraussichtliche Bruttoeinnahmen bezieht. In diesem Zusammenhang ist der Mittelnutzer im Falle einer Abweichung von den im Geschäftsplan vorgesehenen Verpflichtungen verpflichtet, dem Ministerium Änderungen des Geschäftsplans vorzulegen. Die genannte Verpflichtung muss vor Unterzeichnung der Vertragsanlage, der

Vereinbarung über die gegenseitige Regelung der Rechte und Pflichten, dh vor Abschluss des Vergleichs, erfüllt werden.

Es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass das Ministerium den Vertrag über die Zuteilung von Fördermitteln in jeder Phase der Ausführung kündigen kann, wenn festgestellt wird, dass der Begünstigte die im Vertrag festgelegten Bedingungen nicht erfüllt, wenn zuvor Erklärungen zu deren Erfüllung abgegeben wurden Bedingungen unwahr sind oder wenn eine solche Entscheidung vom Wirtschaftsentwicklungsrat getroffen wird. In Fortsetzung des oben Gesagten weisen wir darauf hin, dass das Ministerium den Vertrag auch vor einer endgültigen Entscheidung des Wirtschaftsförderungsrates kündigen kann, wenn dafür berechtigte Gründe vorliegen.

9. Auszahlung von Anreizmitteln

Zugewiesene Fördermittel werden auf der Grundlage des beim Ministerium eingereichten Antrags des Begünstigten ausgezahlt. Der Investor erwirbt das Recht auf eine Rate nach Erfüllung der Bedingungen für Investitionen in diesem Jahr in Bezug auf das Anlagevermögen und die Anzahl der neuen Mitarbeiter, was durch den Bericht des zertifizierten Wirtschaftsprüfers nachgewiesen wird, der die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen kontrolliert. Die Höhe der zu zahlenden Rate wird prozentual im Verhältnis zum Gesamtbetrag der zugeteilten Förderungsmitel festgelegt. Die Höhe der Rate wird auf eine der folgenden Arten bestimmt: durch Bestimmung des Betrags, der proportional zum Prozentsatz der Investitionen in das Anlagevermögen in jedem Jahr des Investitionsprojekts im Verhältnis zu den durch das Investitionsprojekt definierten Gesamtinvestitionen in das Anlagevermögen ist, oder die proportional zum Prozentsatz der neuen Mitarbeiter in jedem Investitionsprojekt im Verhältnis zur Gesamtzahl der neuen Mitarbeiter ist, die durch das Investitionsprojekt definiert werden. Es besteht auch die Möglichkeit, die zuvor genannten Methoden zu kombinieren. Wir werden versuchen, dieses Verfahren durch die folgenden Beispiele anzunähern:

(i) Nehmen Sie an, dass die Höhe der geforderten Rate im Verhältnis zum Prozentsatz der Investition

in das Anlagevermögen bestimmt wird. Das Investitionsprojekt bestimmt die Gesamtinvestitionssumme in das Anlagevermögen in Höhe von 10.000.000,00 Euro. In dem Jahr, in dem die Ratenzahlung beantragt wird, wurden 1.000.000,00 Euro in das Anlagevermögen investiert, was 10 % der Gesamtsumme entspricht. Wenn wir davon ausgehen, dass für die Investition Mittel in Höhe von insgesamt 2.000.000 Euro bereitgestellt wurden, beträgt die Höhe der gezahlten Rate 10 % des angegebenen Betrags, also 200.000,00 Euro.

(ii) Nehmen Sie nun an, dass die Höhe der Rate im Verhältnis zum Prozentsatz der neuen Mitarbeiter im betrachteten Jahr bestimmt wird. Das Investitionsvorhaben sieht die Beschäftigung von insgesamt 500 Mitarbeitern vor. Im Beobachtungsjahr wurden 100 Arbeitnehmer beschäftigt, dh 20 % der insgesamt hochgerechneten Zahl. Wenn der Gesamtbetrag der zugeteilten Fördermittel mit dem vorigen Beispiel identisch ist, bedeutet dies, dass die für den betrachteten Zeitraum gezahlte Rate 20 % des gesamten zugeteilten Betrags der Fördermittel oder 400,00,00 Euro beträgt.

Der Mittelnutzer ist verpflichtet, für den Fall der Unmöglichkeit, die zugeteilten Fördermittel zurückzuerstatten, Sicherheitsmittel zu leisten. Somit besteht die Verpflichtung, die Bankgarantie zugunsten der Republik Serbien anzupassen, von der sie bis zur Höhe der gezahlten Mittel eingezogen wird. Auch zur Einziehung der gesetzlichen Verzugszinsen ist der Nutzer verpflichtet, Wechsel als Sicherheit vorzulegen.

10. Frist für die Realisierung des Investitionsvorhabens

Die Gewährung von Anreizen für die Umsetzung des Investitionsvorhabens impliziert, dass das Obige innerhalb einer bestimmten, vorgeschriebenen Frist umgesetzt werden muss. Die angegebene Frist hängt von der Art der getätigten Investition ab. Zu beachten ist, dass sich bei Investitionen von lokaler Bedeutung die Möglichkeit einer Fristverlängerung für die Umsetzung des Investitionsvorhabens eröffnet. Alle oben genannten sind unten dargestellt:

ARTEN VON INVESTITIONEN	FRIST FÜR DIE REALISIERUNG DES INVESTITIONSPROJEKTS	VERLÄNGERUNG DER FRIST FÜR DIE REALISIERUNG DES INVESTITIONSPROJEKTS
Investitionen von besonderer Bedeutung	10 Jahre ab Einreichung des Förderantrags	-
Investitionen von lokaler Bedeutung	3 Jahre ab Einreichung des Antrags auf Mittelvergabe	Bis zu 5 Jahre ab Einreichung des Antrags auf Mittelvergabe

Darüber hinaus sind die Investoren durch die Gewährung von Anreizen verpflichtet, die vorgeschriebenen Bedingungen einzuhalten, die sich auf die Mindestdauer der Direktinvestition in dem Gebiet beziehen, in dem sie durchgeführt werden, sowie die Anzahl der Mitarbeiter aufrechtzuerhalten, die sich aus dem Inhalt ergibt das Investitionsvorhaben, wenn die Investition getätigt wird. Diese Verpflichtung unterscheidet sich je nachdem, ob es sich um kleine, mittlere oder große Unternehmen handelt, und darauf aufbauend gilt Folgendes:

KLASSIFIZIERUNG DER UNTERNEHMEN NACH GRÖSSE	MINDESTDAUER DER DIREKTINVESTITION IN DIE KOMMUNALREGIERUNGSEINHEIT	ZEITRAUM DER UNMÖGLICHKEIT, DIE ERZIELTE MITARBEITERSZAHL ZU VERRINGERN
Großes	5 Jahre	5 Jahre
Mittleres	3 Jahre	3 Jahre
Kleines	3 Jahre	3 Jahre

11. Kontrolle der Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen

Hinsichtlich der Kontrolle der Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen ist der Mittelnutzer verpflichtet, dem zuständigen Ministerium einen Bericht über die Durchführung des

Investitionsvorhabens, für das Mittel zugewiesen wurden, innerhalb von 60 Tagen ab dem Datum der Vorlage vorzulegen der letzten Projektrate sowie innerhalb von 60 Tagen nach Ablauf der garantierten Investitions- und Beschäftigungsdauer. Dieser Bericht enthält die tatsächlichen Feststellungen des unabhängigen Wirtschaftsprüfers. Der Bericht des Wirtschaftsprüfers enthält Daten zum Begünstigten und zum Vertrag über die Zuteilung von Anreizen sowie die Anlage / Anlagen zum Vertrag, falls vorhanden, Name des Begünstigten, Identifikationsnummer, Steuernummer, Nummer und Gegenstand des Vertrags, Höhe und Dynamik der Investition, Frist für die Ausführung des Investitionsprojekts Feststellungen zur Höhe der Investition und Einhaltung der vertraglichen Verpflichtungen, aber es gibt kein Hindernis für den Bericht, andere für die Feststellungen relevante Informationen zu finden. Auf der Grundlage all dessen gibt der Wirtschaftsprüfer eine positive oder negative Meinung zur aktuellen Situation ab. Im Falle der Abgabe eines eingeschränkten Bestätigungsvermerks, dh des Verzichts auf die Abgabe eines Bestätigungsvermerks, ist der Abschlussprüfer verpflichtet, im Schlusswort darzulegen, worin die Vorbehalte bestehen, dh die Tatsachen und Gründe anzugeben, warum er von der Abgabe eines Bestätigungsvermerks abgesehen hat.

Darüber hinaus kann das Ministerium jederzeit während der Durchführung des Investitionsprojekts die Höhe und Dynamik dieses Projekts, dh den unterzeichneten Vertrag über die Zuteilung von Anreizen, jedoch nach Ablauf der Umsetzungsfrist kontrollieren das Investitionsvorhaben. Bitte beachten Sie, dass weitere Stellen am Kontrollverfahren teilnehmen können. Das wäre zum Beispiel das Zentrale Register der Sozialversicherung, das Meldungen über die Zahl der neuen Arbeitnehmer und die Art der Beschäftigung bei den Leistungsempfängern vorlegt. Auf diese Weise ist es möglich, die Anzahl der Mitarbeiter während des Zeitraums der garantierten Investition und Beschäftigung zu überprüfen.

Auf der Grundlage aller genannten Berichte und Daten ist die serbische Entwicklungsagentur in der Lage, die Dynamik des Investitionsprojekts zu

überwachen, aber gegebenenfalls auch eine Entscheidung des Rates für wirtschaftliche Entwicklung zu erwirken, alles im Hinblick auf weitere Maßnahmen in Bezug auf das Investitionsvorhaben. .